70. Jahrgang. № 587

Mittwoch, 16. Dezember 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Dezember 1925 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Dezember 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Zum Auftrage gegen Vorausbezahlung.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Europa-Hof Täglich 4,5 bis 4,7 **Vornehmster Gesellschafts-Tanztee** Nach dem Souper intimer Tanz Arrangeur: Welsch-Valée
Große Silvester-Feier in Vorbereitung! Tischbestellungen erbeten!

Rücktritt Loucheurs.

Die französische Kabinettskrise. — Neue Niederlage der Regierung im Finanzausschuß.

Grundsätzliches Einverständnis über die Große Koalition. — Billigung des Mossulraubes durch den Völkerbund.

Der Ausschußbeschluß nochmals bestätigt.

(Durch Funkspruch.)

Paris, 15. Dezember. Finanzminister Loucheur ist zurückgetreten, nachdem der Finanzausschuß der Kammer seinen gestrigen Beschluß hinsichtlich der Behandlung der Loucheurschen Sanierungspläne nochmals bestätigt hat. (wtb.)

Im Verlaufe der Sitzung des Finanzausschusses erklärte Loucheur, die Regierung bestehe darauf, daß die zum Ausgleich des Budgets notwendigen Steuern so rasch wie möglich verabschiedet werden. Anderseits sei die Regierung aber auch bereit, an den Ausgaben Abstriche vorzunehmen, so beim Heeres- und Marinebudget, wodurch das anfangs auf 5,6 Milliarden geschätzte Defizit merklich herabgesetzt werden könnte. In der Kommission herrschten nach diesen Erklärungen Loucheurs zwei Strömungen. Die eine ging dahin, daß die Kommission sich an ihre gestrige Entscheidung halten müsse. Die andere Auffassung war, der Finanzausschuß müsse seinerseits Gegenvorschläge einbringen. Hierauf bestätigte die Finanzkommission nach längerer Debatte ihre gestrige Entscheidung. (W. T. B.)

Nach der Abstimmung begab sich eine Abordnung zum Ministerpräsidenten, um ihm den Beschluß mitzuteilen. Sie wies darauf hin, daß die Entscheidung lediglich gegen Loucheur gerichtet sei und daß Briand weiter das volle Vertrauen der Kommission besitze. Auch die Kammerkommission für Auswärtige Angelegenheiten entsandte eine Abordnung zum Ministerpräsidenten, um ihm ihr volles Vertrauen auszusprechen. Darauf wurde Loucheur von Briand gebeten, eine Entscheidung zu treffen. Loucheur erbat sich eine einstündige Bedenkzeit und um 8,30 Uhr teilte er Briand mit, daß er sein Amt niederlege. Die Demission Loucheurs wurde vom Präsidenten der Republik angenommen. Eine Gesamtkabinettskrise ist vermieden worden, so daß es nur zu einer Umbildung des Kabinetts kommen wird. Ueber die Nachfolge ist noch nichts bekannt. Doch erregt es gewisses Aufsehen, daß Caillaux kurz nach der Abstimmung der Finanzkommission in der Kammer erschien, um sich darauf zum Ministerpräsidenten zu begeben.

Caillaux Nachfolger Loucheurs?

Paris, 16. Dez. Für den heutigen Mittwoch früh ist ein Ministerrat anberaumt, der eine Entscheidung über die Nachfolge Loucheurs treffen wird. Briand erklärte gestern abend, daß der neue Finanzminister ebenfalls ein Parlamentarier sein werde, dem man einen technischen Mitarbeiter zur Seite stellen werde. Nach der vorherrschenden Auffassung in parlamentarischen Kreisen dürfte Caillaux zum Nachfolger ausersehen sein. Als Unterstaatssekretär der Finanzen wird in diesem Falle Pietri in Betracht kommen.

Erneuter Rückgang des französischen Franken.

London, 16. Dez. Der französische Franken ist gestern an der Londoner Börse auf 135% zurückgegangen. In den Finanzkreisen befürchtet man, daß die erneuten Schwierigkeiten des französischen Kabinetts zu neuen Kursstürzen führen werden.

Militärrevolte in Nordirland.

London, 15. Dez. Die etwa 3500 Mann starken außerordentlichen Polizeitruppen der Ulster-Republik, die die Regierung jetzt aufzulösen beabsichtigt, haben gegen die Entlassung protestiert und allmählichen Abbau gefordert. Die Entlassenen forderten eine steuerfreie Entschädigung von 200 Pfund. Als die Regierung diese Forderungen abschlug, besetzten die Polizeitruppen in Ballyeastle und Londonderry die Arsenale und verhafteten die führenden Offiziere der Garnison. Die Bewegung ist heute im Laufe des Tages auf Belfast übergegriffen, wo es zu schweren Zusammenstößen zwischen Truppenaufgeboten und Polizeimannschaften kam. Den Meuterern gelang es auch hier sich der Kasernen und Waffenniederlagen zu bemächtigen. Mehrere Offiziere, die sich zu widersetzen versuchten, wurden gefangengenommen. Die Polizisten weigern sich, mit der Regierung zu verhandeln, bevor man ihre Bedingungen erfüllt hat. Die Lage ist sehr besorgniserregend, da die Meuterer im Lande viel Unterstützung finden. Die Regierung hat mitteilen lassen, daß sie die Forderungen für unerfüllbar halte und die Arsenale und Kasernen nötigenfalls mit Waffengewalt einnehmen werde. (T.-U.)

Der Wechselbalg der Großen Koalition.

Die Tatsache, daß ausgerechnet ein Führer der kleinsten Partei mit der Anwartschaft auf den Kanzlerposten betraut und zur Bildung der neuen Regierung, die nach anderthalb Wochen noch immer das verschleierte Bild von Sais geblieben ist, aufgefordert werden muß, ist an sich eine Groteske, die mit eindrucksvoller Gebärde auf die Verworrenheit unserer parlamentarischen Verhältnisse hinweist. Der Glaube, daß Dr. Koch Erfolg haben könnte, setzt merkwürdige, nicht zu vermutende Umschwünge über Nacht voraus.

Man denke an die Haltung, die die Sozialdemokraten bisher eingenommen hat. Sie stellte für ihre Beteiligung an der Großen Koalition programmatische Forderungen auf, die wegen ihrer unmöglichen Zumutungen an die Wirtschaft für eine zielbewußte bürgerliche Partei von der Schwelle aus in ihren wesentlichsten Punkten unannehmbar waren, und auch beim Zentrum und sogar auf demokratischer Seite Widerstand fanden. Sie brach ferner im Preußischen Landtage ohne jeden Grund einen Skandal mit der Deutschen Volkspartei vom Zaune, der auf die Rechte so empörend wirkte, daß die Volksparteiler in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen den Saal verließen. Sie richtete endlich im Reichstage gegen Dr. Luther derartig gehässige, scharf persönlich zugespitzte Angriffe, daß der Zweck der Uebung, jedes Zusammenarbeiten des jetzigen Reichskanzlers mit ihr unmöglich zu machen, mit der ganzen, bei der Partei des grobkörnigen Tones üblichen Deutlichkeit in Erscheinung trat. Und nun soll man glauben, daß plötzlich auf Dr. Kochs gütliches Zureden Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie sich einträchtiglich in der Großen Koalition wieder zusammenfinden würden? Die „Köln. Ztg.", das Organ des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei, hat schon im voraus dieser neuen Phase der Regierungskrise das Horoskop gestellt. Das kölnische Blatt brachte am Tage vor der Berufung Dr. Kochs eine Betrachtung, die darin gipfelte, daß die Scheidelinie der bürgerlichen Grundauffassungen, die das politische und wirtschaftliche Leben gestalten, jetzt unerbittlich scharf hervortrete und daß man daher endgültig von dem vergeblichen Versuche ablassen solle, zwei Kutscher zusammen auf den Bock zu setzen, die das Gefährt in grundsätzlich verschiedener Richtung lenken wollen und es darum nicht vorwärts bringen können. Die praktische Folgerung wurde in diesem Artikel in dem bemerkenswerten Satze gezogen: „Die Festigung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Grundlagen wird nicht zu erreichen sein, wenn die Deutschnationalen regierungsunfähig bleiben, wenn sie nicht, mit oder ohne Erneuerung an Haupt und Gliedern, früher oder später das Zusammenarbeiten der nichtsozialistischen Parteien ermöglichen."

Unmittelbar, bevor Dr. Koch sein fragwürdiges Experiment ins Werk setzte, verlautete auch aus der Zentrumsfraktion, daß sie ihre auf dem Kasseler Parteitage bekundete Begeisterung für die Große Koalition im grauen Zwielicht der parteipolitischen Götterdämmerung eingebüßt und sich zu der Einsicht der Ungangbarkeit dieser Kombination bekehrt habe. Was will also das Zentrum? Will es eventuell unter Dr. Kochs Führung mit der Sozialdemokratie zusammen eine neue Weimarer Koalition ins Leben rufen, die dann einen Kampfblock gegen rechts und gegen die Interessen des Bürgertums in des Wortes verwegenster Bedeutung darstellen würde, nicht zum wenigsten deshalb, weil sie in Preußen an der dortigen gleichen Konstellation einen Rückhalt fände? Es widerspricht aber aller Wahrscheinlichkeit, daß das Zentrum, zumal in seinem jetzigen inneren Gärungsprozeß, sich bereitfinden wird, dem Linksradikalismus zuliebe eine so unabsehbare Verantwortung auf sich zu nehmen. Nicht einmal der Demokratischen Partei kann man ein so blindes Drauflosstürmen zutrauen. Man wird vielmehr annehmen müssen, daß die Ablehnung Fehrenbachs, den Auftrag zur Kabinettsbildung anzunehmen, und seine Erklärung, das Zentrum erhebe keinen Anspruch auf den Kanzlerposten, als Ausdruck der politischen Vernunft der Partei zu bewerten sind, in dem Sinne, daß sie sich den Anschluß nach rechts offenhalten will. Die „Germania" macht zwar noch einen schwachen Versuch, das Festhalten des Zentrums an der Großen Koalition Schwachgläubigen einzureden, fügt aber hinzu, „es liege im Interesse des Vaterlandes, die anderen Parteien dadurch nicht von der Hauptverantwortung an der Regierungsbildung zu entlasten". Inzwischen ist in der Gesamtlage eine Erschwerung dadurch eingetreten, daß die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in der Frage der Erwerbslosenunterstützung gewachsen sind.

Kochs Verhandlungen erfolgreich?

Ein demokratisches Kommuniqué.

Berlin, 15. Dez. Um 2¼ Uhr nachmittags nahm die von dem Abg. Koch einberufene Konferenz der Parteiführer der Großen Koalition zur Erörterung des Programms ihren Anfang. Es waren erschienen für die Sozialdemokraten Wissel-Franken, Dittmann, Hilferding und Wels, für das Zentrum v. Guerard und Marx, für die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz und Dr. Kopf für die Demokraten Dr. Haas und Erkelenz, und für die Bayrische Volkspartei Dr. Leicht.

Von demokratischer Seite wurde heute nachmittag folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Die Führer der Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten verhandelten heute über das vom Abg. Koch aufgestellte Programm. Es ergab sich grundsätzliches Einverständnis. Es wurde aber vorbehalten, daß die Fraktionen, die heute abend zusammentreten, noch Ergänzungen oder Klarstellungen verlangen können. Die Führer treten morgen vormittag zu abschließender Beratung über das Programm erneut zusammen.

Vorzeitige Kombinationen.

Berlin, 15. Dezember. Das parlamentarische Spiel um die Große Koalition ist jetzt in dem Stadium angelangt, in dem als ganz unverbürgtes Gerücht bereits die Namen künftiger Minister durch die Wandelhalle des Reichstags schwirren. Der Kuriosität halber sei festgestellt, daß man zu wissen glaubt, daß der Abg. Koch den Sozialdemokraten auf jeden Fall das Innenministerium anbieten wolle, wofür der augenblickliche Gesandte in Riga und frühere Reichsinnenminister Köster genannt wird. Außerdem sollen die Sozialdemokraten das Amt eines Vizekanzlers erhalten, für das der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Hermann Müller genannt wird. Für die Demokraten wird es als schwierig angesehen, die Forderungen der Sozialdemokraten zu erfüllen, daß der bisherige Wehrminister Dr. Geßler, der der demokratischen Partei angehört, im neuen Kabinett nicht vertreten sein dürfte. Als seinen Nachfolger nennt man wieder den volksparteilichen Abg. Brüninghaus, für das Reichsjustizministerium würde nach den Gerüchten im Fall der Bildung der Großen Koalition der frühere Reichskanzler und Vorsitzende der Zentrumsfraktion Marx in Betracht kommen. Als strittig wird es noch angesehen, ob der bisherige Reichskanzler Dr. Luther an einem Kabinett der Großen Koalition teilnimmt. Koch soll die Absicht haben, ihm ein Ministerium anzubieten, wogegen aber die Sozialdemokraten Widerstand leisten. Koch wird genannt als Chef des Wirtschaftsministeriums, mit dem das Reichsernährungsministerium vereinigt werden solle. **Alle diese Namen sind aber nur unter der Voraussetzung erwähnt, daß der Abg. Koch die Verhandlungen über ein Programm der Großen Koalition überhaupt zu Ende führen kann.**

Wenn man in parlamentarischen Kreisen vielfach geneigt ist, Herrn Kochs Mission heute ein günstigeres Prognostikum zu stellen als gestern, so verweist man anderseits auf die feindliche Grundeinstellung des Kanzlerkandidaten gegen seinen präsumtiven Außenminister Dr. Stresemann. Man erinnert in diesen Kreisen z. B. an eine Rede, die Abg. Koch im November vergangenen Jahres gehalten hat, und in der er nach dem „Berliner Tageblatt" gesagt hat: **„In Grundsatzlosigkeit mit Herrn Stresemann zu wetteifern, ist nicht meine Absicht. Es muß aber einmal gesagt werden, daß seine wankelmütige Grundsatzlosigkeit seit dem Jahre 1917, wo er Bethmann-Hollweg stürzte, Deutschland von einer Katastrophe in die andere getrieben hat. Man könnte ein Goldenes Buch der Worte Stresemanns herausgeben, es wäre die beste Agitation gegen die Volkspartei."** Auch diejenigen, die annehmen, Herr Koch würde es für keine Grundsatzlosigkeit halten, trotz dieses Urteils über Stresemann ihn in sein Kabinett aufzunehmen, bezweifeln, daß eine ersprießliche Zusammenarbeit zwischen beiden Männern möglich sein würde.

Die „Tägliche Rundschau" zur Rede Wirths.

Berlin, 15. Dez. Zu den Darlegungen Dr. Wirths bemerkt heute die „Tägliche Rundschau", das Stresemannsche Organ: Hat Dr. Wirth wirklich so gesprochen? Man könnte es kaum für möglich halten und an ein Mißverständnis glauben. Aber es geschehen ja manchmal auch Zeichen und Wunder. Herr Wirth für nationalen Geist, für Mäßigung gegen Sozialdemokratie und Pazifismus! Wenn der Vater der Erfüllungspolitik in ursprünglichem Sinne gegen die pazifistische Linie spricht, wenn der Urheber des Wortes „Der Feind steht rechts!" die Sozialdemokratie der angelsächsischen Mentalität gegenüberstellt, dann muß er ganz besondere taktische Ziele verfolgen, denn es ist wohl nicht anzunehmen, daß er einen Teil seines rabiaten Fanatismus, mit denen er seine linksgerichteten Ziele verfocht, jenseits des Wassers gelassen